



Barthle-Brief

Nr. 46

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

26.2.2016

Thema der Woche:

Die Fraktion steht hinter der Bundeskanzlerin! Fraktionschef Volker Kauder zu den Themen dieser Sitzungswoche

Die Fraktion steht hinter dem Kurs der Bundeskanzlerin. Das war bereits vor der Fraktionssitzung an diesem Dienstag klar. Außerdem habe Merkel, anders als Kritiker jetzt behaupten, in Brüssel Erfolge auf dem Weg einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise erzielt, erklärte Volker Kauder zum Auftakt der Sitzungswoche in Berlin.

Zu den Erfolgen des Brüsseler Gipfels zählt Kauder vor allem vier Ziele, denen alle 28 Staats- und Regierungschefs zugestimmt haben: Flüchtlingszahlen spürbar und rasch reduzieren, EU-Außengrenzen schützen, illegale Migration verringern und den Schengenraum bewahren. Außerdem hätten alle 28 ebenfalls die Überzeugung geteilt, dass ein europäisches Problem auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann. Klar sei auch geworden, dass die Politik des Durchwinkens von Flüchtlingen auf dem Balkan ein Ende haben muss. Außerdem stünden der gemeinsame Schutz der EU-Außengrenzen und gemeinsame Gespräche mit der Türkei im Vordergrund. „Es bewegt sich was“, meint Volker Kauder und blickte in seinem Statement vor der Sitzung seiner Fraktion zuversichtlich auf das für den 7. März geplante Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit der Türkei.

Die Flüchtlingspolitik der Unionsfraktion bestehe im Wesentlichen aus zwei Teilen, sagte Kauder und bezog sich damit auf einen Mix aus nationalen und europäischen Maßnahmen. Auf nationaler Ebene werde in dieser Woche das Asylpaket II beschlossen und dann dem Bundesrat zugeleitet. Kauder zeigte sich zuversichtlich, dass die Länderkammer das Paket ebenfalls zügig beschließen wird. Als weiteren nationalen Schritt nannte der Fraktionsvorsit-

zende ein Gesetzespaket, das Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern macht. Hier sei allerdings „ein beschleunigtes Verfahren leider nicht möglich gewesen, weil unser Koalitionspartner Rücksicht nimmt auf die Grünen, die nicht bereit waren, das im Bundesrat ebenfalls zu beschließen“, so Kauder. Damit würden die Grünen letztlich nur zeigen, dass sie „auseinanderfallen in die Grünen, die Regierungsverantwortung haben, und diejenigen, die in der Opposition sitzen“. Insbesondere der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann schaffe es offensichtlich nicht, sich gegen seine Kollegen in Berlin durchzusetzen und zum Zwecke eines schnellen Verfahrens für das Paket zu stimmen, kritisierte Kauder.

Dabei sei die Erklärung sicherer Herkunftsländer entscheidend für die Reduzierung der Flüchtlingszahlen, wie das Beispiel der Länder des westlichen Balkans im letzten Jahr gezeigt habe. Die Zahl der Asylbewerber aus diesen Ländern sei „quasi auf Null zurückgegangen“. Dass sich die Grünen auf Grund von Landtagswahlen nun vor einer erneuten Entscheidung drücken, kann Kauder nicht verstehen.

In seinem wöchentlichen Bericht schreibt Kauder außerdem: „Wir kommen voran in der Flüchtlingskrise. Der Einsatz der NATO in der Ägäis beginnt in dieser Woche. Der maßgeblich von deutscher Seite vorangebrachte Einsatz wird helfen, das Geschäft krimineller Schlepper zu beenden und so eine unregelmäßige Einwanderung in die EU unterbinden. Wichtig ist dabei die Zusage der Türkei, aufgegriffene Flüchtlinge zurückzunehmen. Die Türkei ist ein zentraler Partner bei der Lösung der Flüchtlingskrise. Deshalb ist es gut, dass nicht nur einige, son-

dern alle EU-Staaten am 6./7. März mit der Türkei die Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans EU-Türkei beraten. Die EU hilft der Türkei mit drei Milliarden Euro und über Visaerleichterungen wird verhandelt, bei letzterem werden wir auf die genaue Ausgestaltung achten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die Türkei mit der Aufnahme von über zwei Millionen Flüchtlingen in den letzten Jahren Enormes geleistet hat und zudem den Arbeitsmarkt für syrische Flüchtlinge geöffnet hat. Zudem sind wir dabei, die bilaterale Zusammenarbeit mit der Türkei auszuweiten. Unser Bundesinnenminister wird voraussichtlich in dieser Woche einige Vereinbarungen mit der Türkei unterzeichnen, womit die polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei intensiviert wird. Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen geht es ebenfalls voran: Die Geberkonferenz in London hat beschlossen, mehr als neun Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, auch um die Versorgung gerade in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens zu verbessern.“

ten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️

EU-Außengrenzen besser schützen

„Der Schutz der EU-Außengrenzen lässt sich in der aktuellen Situation nur gemeinsam mit der Türkei sicherstellen“, erklärte nach dem EU-Gipfel in Brüssel der CDU-Innenpolitiker Thomas Strobl. Strobl sieht vor allem in dem Einsatz von Nato-Schiffen, die der türkischen Küstenwache dabei helfen sollen, Schlepper und Flüchtlingsboote aufzuspüren, einen „wichtigen Schritt nach vorne“. Auch die Bereitschaft der Türkei, Flüchtlinge aufzunehmen, die von Schiffen der NATO oder der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zurückgebracht werden, verbessere die Situation in der Ägäis. Die Zahl der in Griechenland aus der Türkei ankommenden Flüchtlinge sei noch immer zu hoch: „Wir müssen eine wesentliche und nachhaltige Reduzierung der Zahl illegaler Eintritte aus der Türkei in die EU erreichen.“ Einen substanziellen Beitrag dazu erwartet Strobl vom EU-Sondergipfel Anfang März. „Nur wenn der Schutz der Außengrenze gewährleistet ist, kann Europa die Freizügigkeit im Binnenraum dauerhaft erhalten.“

Asylpaket II kommt

Mit dem Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren („Asylpaket II“) wurden in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen. Sie umfassen zum einen beschleunigte Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommenden Asylbewerbern. Zum anderen werden die zur Durchführung dieser Maßnahmen eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Zudem wird der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

Erleichterte Ausweisung von Straftätern

Auch das Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern wurde in dieser Sitzungswoche in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Der Gesetzentwurf beinhaltet Konsequenzen aus den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht.

Es werden in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren gezogen: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen wird straffälligen Asylbewerbern schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigert. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist.

Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist. Damit wird sichergestellt, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen und die sich dieser würdig erweisen.

Zitat

«Das erfüllt mich mit großem Entsetzen. Das macht deutlich, dass sich eine Radikalisierung im Land breitmacht, die zu unserer Gesellschaft nicht passt. Da müssen alle demokratischen Kräfte zusammenstehen, damit so etwas nicht wieder passiert.»

(Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt am Dienstag in Berlin zu den fremdenfeindlichen Übergriffen in Sachsen.)